

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Reiterstraße 16
76829 Landau

Entschädigungsanträge nach §§ 56 und 65 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) u.a.

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit stelle ich folgende Anträge.

A.

I.

Antragsteller:

Firma, Name des Betriebs:

Name, Vorname:

Anschrift:

II.

Die verbotene Tätigkeit wurde eingestellt am (letzter Arbeitstag):

Der Betrieb ruhte während des Verbots: ja/nein

Der Betrieb wurde weitergeführt von bis:

III.

Ich hatte folgende laufende Ausgaben zur sozialen Sicherung (z.B. Krankenkasse, Rentenversicherung, freiwillige Lebensversicherung), Belegkopien anbei:

...

Nach Abzug dieser Ausgaben sind mir Einkünfte in Höhe von monatlich

...

verblieben, Bestätigung des Steuerberaters anbei.

IV.

Außerdem hatte ich Mehraufwendungen, um deren Erstattung in angemessenem Umfang, möglichst in voller Höhe von

....,

ich hiermit bitte, Unkostenbelege in Kopie anbei.

V.

Ich bitte um Ersatz der während des Tätigkeitsverbotes weiterlaufenden nicht gedeckten Betriebsausgaben in angemessenem Umfang, möglichst in voller Höhe von

....,

Aufstellung des Steuerberaters anbei.

VI.

Kurzarbeitergeld wurde nicht bezogen, stattdessen wurde für folgende Arbeitnehmer Vergütung als Entschädigung fortgezahlt im Sinne des § 56 Abs. 5 IfSG:

...

(Beleg vom Steuerberater anbei)

VII.

Zahlungen sollen auf folgendes Konto überwiesen werden

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

IBAN:

Ich beantrage Auszahlung einer angemessenen Vorschussleistung.

B.

Ich bin als Nichtstörer von Maßnahmen betroffen, die unter anderem in den Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG eingreifen und stelle deshalb Antrag auf Entschädigung nach § 65 IfSG.

C.

I.

Ich stelle vorsorglich Antrag auf Entschädigung aus allen sonstigen in Betracht kommenden Anspruchsgrundlagen, insbesondere wegen Eingriffs in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb nach den Grundsätzen des enteignenden und enteignungsgleichen Eingriffs, sowie wegen Amtshaftungsanspruchs.

II.

Sollten Sie für die Entgegennahme eines meiner Anträge unzuständig sein, bitte ich um Weiterleitung an die zuständige Behörde oder unverzügliche Bekanntgabe derselben.

III.

Ich stelle außerdem Antrag auf Entschädigung nach § 68 POG RLP und bitte um Weiterleitung meines Antrags an die nach § 72 POG RLP ausgleichspflichtige Körperschaft, sowie Mitteilung des Aktenzeichens der übernehmenden Behörde.

Ort, Datum

Unterschrift